

Antrag 55/I/2022

OV Temnitz

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: ASG Brandenburg (Konsens)

Kommunalisierung aller privaten Krankenhäuser im Land Brandenburg

1 Der OV Temnitz fordert den
2 Landesparteitag dazu auf, sich
3 dafür auszusprechen, die Privatisierung von Krankenhäusern
4 rückgängig zu machen. Von
5 dieser Forderung sind explizit
6 gemeinnützige Krankenhäuser
7 ausgenommen.
8

9 **Bezüge:**

- 10 1. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
11 (GG)
12
13 2. Gesetz zur wirtschaftlichen
14 Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der
15 Krankenhauspflegesätze
16 (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG)
17
18 3. Gesetz zur Entwicklung
19 der Krankenhäuser im
20 Land Brandenburg (Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz - BbgKHEG)
21
22
23
24

25

26 **Begründung**

27 Die Daseinsvorsorge sicherzu-

und Landtagsfraktion

28 stellen, zu der ein funktionie-
29 rendes, erschwingliches und für
30 jedermann schnell erreichbares
31 Gesundheitssystem unabdingbar
32 gehört, ist Aufgabe des Staates.
33 Die planerische Gestaltung hier-
34 für wird in § 6 Abs. 1 KHG (2) vom
35 Bund an die Länder übertragen.
36 Gemäß § 1 Abs. 2 BbgKHEG (3)
37 teilt sich das Land Brandenburg
38 die Aufgabe der Sicherstellung
39 der Krankenversorgung mit den
40 Landkreisen und kreisfreien
41 Städten. Auch die Anerkennung
42 der Vielfalt der Trägerschaft der
43 Krankenhäuser unseres Landes
44 ändert nichts daran, dass der
45 hoheitliche Auftrag nicht von
46 den Schultern des Staates be-
47 ziehungsweise der Öffentlichkeit
48 genommen werden kann.
49 Der Glaube, Krankenhäuser
50 könnten erfolgreich privatwirt-
51 schaftlich geführt werden und
52 zugleich den Ansprüchen an
53 eine Gesundheitsversorgung
54 genügen, die sich allein an so-
55 lidarischen Leitlinien orientiert,
56 ist ein Trugschluss. Schon der
57 in Wirtschaftskreisen geläufige
58 Terminus „Gesundheitsmarkt“
59 ist irreführend, handelt es sich
60 hierbei doch gar nicht um einen
61 Markt im klassischen Sinne. Für

62 einen funktionierenden Markt
63 bräuchte es ein freies Spiel von
64 Angebot und Nachfrage, doch
65 weder ist die/der Nachfragende
66 freiwillig am Markt, denn sie/er
67 hat es sich nicht ausgesucht,
68 krank zu werden, noch ist der
69 Anbietende frei in seinen Inves-
70 titionsentscheidungen, da sie/er
71 an öffentliche Planungs- und Be-
72 darfsdeckungsverfahren gebun-
73 den ist. Somit kann auch keine
74 an ökonomischen Maßstäben
75 orientierte Preisbildung statt-
76 finden. Des Weiteren bräuchte
77 ein freier Markt Elemente wie
78 Konsumfreiheit, Vertragsfreiheit
79 und Kundenautonomie. Nichts
80 davon ist auf dem Felde der
81 staatlichen Gesundheitsversor-
82 gung zu finden, und das hat auch
83 gute Gründe.

84 Der Mensch, dessen gesund-
85 heitlichem Wohlergehen alle
86 Anstrengungen im Bereich der
87 Gesundheitspolitik gelten müs-
88 sen, ist keine Ware. Der Umgang
89 mit ihm darf daher keinen
90 marktwirtschaftlichen Gesetzen
91 folgen. Doch überall, wo die
92 Privatisierung die Krankenhaus-
93 landschaft heimgesucht hat, ist
94 dies geschehen, und es hat sich
95 verheerend auf unser Gesund-

96 heitssystem ausgewirkt. Weil der
97 private Krankenhausträger sein
98 ureigenes Interesse, nämlich
99 das Erzielen einer Rendite auf
100 seinen Kapitaleinsatz, aufgrund
101 der Limitierungen des Preisbil-
102 dungsmechanismus nicht auf
103 herkömmlichem Wege durchset-
104 zen kann - da das System aus
105 Fall- und Investitionspauschalen
106 keine Eigenkapitalkosten oder
107 Abschreibungen auf eigenfinan-
108 zierte Anlagegüter einkalkuliert
109 -, bleibt ihm nichts anderes üb-
110 rig, als das Versorgungsniveau
111 zu senken. Dies wird dann mit
112 Schlagwörtern wie „Restrukturie-
113 rung von Versorgungsabläufen“
114 (meint: Aufgabe nicht profi-
115 tabler Leistungsbereiche und
116 Reduzierung der Anzahl der
117 Beschäftigten), „Erzielung von
118 Synergieeffekten“ (meint: Re-
119 duzierung der tariflichen Löhne
120 durch Outsourcing und Reduzie-
121 rung des Sachaufwandes) oder
122 „Steigerung der Effizienz“ (meint:
123 Verdichtung der Arbeitsbelas-
124 tung) verbrämt.

125 Die „Gewinne“, die solche privat
126 geführten Krankenhäuser erwirt-
127 schaften und die im Kern öffent-
128 liche Gelder und Krankenkassen-
129 beiträge sind, fließen dann zum

130 Teil nicht einmal in Investitionen
131 oder Forschung, sondern wer-
132 den als Dividende an die Aktio-
133 näre*innen ausgeschüttet. Hier-
134 durch verschwindet jedes Jahr ein
135 nicht unerheblicher Teil der Mit-
136 tel, die für den Gesundheitssek-
137 tor vorgesehen waren, in private
138 Hand und wird zweckentfremdet.
139 Auch die Hoheit der Länder in
140 Sachen Krankenhausplanung
141 wird durch die Diagnosis Related
142 Groups (DRG) und die daraus
143 resultierenden Fallpauschalen
144 ausgehebelt, wird die Entschei-
145 dung für oder gegen den Erhalt
146 eines Krankenhauses doch oft-
147 mals nicht mehr aufgrund seiner
148 Bedeutung für die öffentliche Ge-
149 sundheitsversorgung getroffen,
150 sondern anhand seines betriebs-
151 wirtschaftlichen Ergebnisses. So
152 kann insbesondere die Versor-
153 gungssicherheit im ländlichen
154 Raum, der noch häufiger mit
155 defizitären Krankenhäusern zu
156 kämpfen hat, nicht gewährleistet
157 werden.

158 Wir als OV Temnitz bewerten die-
159 se Entwicklung als desaströs und
160 fordern daher die Kommunalisie-
161 rung aller privaten Krankenhäu-
162 ser im Land Brandenburg. Nur
163 so kann aus unserer Sicht si-

164 chergestellt werden, dass das So-
165 zialstaatsprinzip, wie es in Art.
166 20 Abs. 1 GG (1) niedergeschrie-
167 ben ist, auch im Gesundheitssek-
168 tor jederzeit Vorrang genießt und
169 der Mensch somit nicht zum Ob-
170 jekt marktwirtschaftlichen Han-
171 delns degradiert wird.